

## "Die Wirklichkeit drängt zum demokratischen Sozialismus"

- Eine Replik auf Dieter Wunder -

---

Dr. Karlheinz Blessing, geb. 1957 in Eislingen, Studium der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in Konstanz, ist seit 1984 Sekretär in der IG-Metall-Vorstandsverwaltung und seit 1986 Leiter der Abteilung 1. Vorsitzender.

„Der Zusammenbruch des ‚realen Sozialismus‘ hat für die betroffenen Gesellschaften und ihre Außenbeziehungen schwerwiegende Folgen; er zwingt aber auch die Gewerkschaften der Bundesrepublik ihr Selbstverständnis zu überdenken“. So lautet die zentrale These Dieter Wunders, die er in der Dezember-Ausgabe 1989 der Gewerkschaftlichen Monatshefte ausführlich darlegt. Man kann Dieter Wunder sicherlich nicht unterstellen, daß er die konservative These, wonach „alle Wege des Marxismus nach Moskau führen“, aufnimmt und eine platte Gleichsetzung des „realen Sozialismus“ und des demokratischen Sozialismus betreibt. Andererseits gibt es aus seiner Sicht doch Gemeinsamkeiten, denn sonst könnte er die zitierte These nicht formulieren.

Er begründet seine Behauptung mit der Idee des Sozialismus an sich, ohne daß er dies näher ausführt, mit dem Gegensatz von Arbeit und Kapital, von dem aus die Gewerkschaften in der Bundesrepublik ihre Position herleiten sowie mit Verstaatlichungsforderungen und Vorschlägen zur gesamtwirtschaftlichen Planung, wie sie in der Programmatik westdeutscher Gewerkschaften zu finden seien. Außerdem spricht er von einer „nicht einflußlosen Minderheit“ in den Gewerkschaften, die eine starke Affinität zu den grundsätzlichen Zielsetzungen des „realen Sozialismus“ aufweist. Ich will mich nachfolgend aus der Sicht eines demokratischen Sozialisten, der seine politische Heimat in der SPD hat, mit den Thesen Dieter Wunders auseinandersetzen.

### „Realer Sozialismus“ versus demokratischer Sozialismus

Ich wehre mich entschieden gegen jede Gleichsetzung oder Analogie von „realem Sozialismus“ und demokratischem Sozialismus. In der DDR und in den anderen Ländern Osteuropas ist nicht der Sozialismus gescheitert, sondern eine stalin-bürokratische Kommandowirtschaft, die Freiheit und Demokratie mißachtete und versuchte, die Menschen mittels eines gigantischen Repressionsapparats unter Kontrolle zu halten. Im Sinne der Ausgangsthese von Dieter Wunder sehe ich keinen Anlaß, über Konsequenzen für die Gewerkschaften nachzudenken, weil ein despotischer Alleinherrscher in

Rumänien stürzte, der sein Regime mit dem Begriff Sozialismus zu legitimieren suchte. Die Securitate und auch der Stasi haben mit Sozialismus nicht das geringste zu tun.

Die Idee des Sozialismus ist eine zutiefst humanistische Vorstellung. Jedes sozialistische Modell und erst recht jede real existierende sozialistische Gesellschaft muß sich daran messen lassen, wie Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität verwirklicht werden. Nicht die Eigentumsform an Produktionsmitteln ist der Maßstab zur Beurteilung von Sozialismus, sondern ein Maximum an Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, und zwar nicht nur für *alle* Individuen, sondern für *jedes einzelne* Individuum. Keines der real existierenden „sozialistischen“ Länder hat unter Zugrundelegung dieses Maßstabes die Bezeichnung sozialistisch verdient. Vaclav Havel sprach in seiner verlesenen Rede anlässlich der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels davon, daß der Begriff des Sozialismus in den Staaten des Ostblocks zu einem Gummiknüppel verkommen sei, der sich gegen das eigene Volk richte. Auch die demokratischen Sozialisten im Westen haben unter diesem Namensmißbrauch politisch zu leiden gehabt und waren schließlich gezwungen, das Wörtchen „demokratisch“ ihrer Vorstellung von Sozialismus voranzustellen — an sich eine Tautologie, denn Sozialismus ist nur demokratisch denkbar. Willy Brandt hat recht, wenn er auf dem Berliner Parteitag beklagt, daß es ein schweres Versäumnis war, „nicht energisch dagegen angegangen zu sein, daß der Begriff Sozialismus für diktatorische Herrschaftsformen und Kommandowirtschaft in Anspruch genommen wurde. Auch Leute, denen solche Klarheit zuwider ist, muß eingehämmert werden: die geistige Fundierung der freiheitlichen Sozialdemokratie ist etwas *prinzipiell* anderes als die eines autoritären Kollektivismus. Einen Sozialismus, der keiner war, konnte man nicht reformieren“.

Demokratische Sozialisten, die seit vierzig Jahren und länger gegen die stalinbürokratische Perversion der sozialistischen Idee kämpfen, haben keinen Anlaß, über den Zusammenbruch des „realen Sozialismus“, traurig zu sein. Im Gegenteil: Es ist eingetroffen, was sie immer erhofft und prophezeit haben und es ist gescheitert, was sie immer bekämpft haben. Es schmerzt schon ein wenig, wenn Dieter Wunder auch denjenigen, die als demokratische Sozialisten in den Gewerkschaften, in der Friedensbewegung und in anderen gesellschaftlichen Bewegungen sich mit der oftmals kaum mehr zu überbietenden Scheinheiligkeit der Anhänger des „realen Sozialismus“ in der Bundesrepublik auseinandersetzen, jetzt nahelegt, ihr Selbstverständnis zu überdenken.

#### Kapitalismus, „realer Sozialismus“ und dritter Weg

Sehr vereinfachend ist die Gegenüberstellung Wunders von Kapitalismus und „realem Sozialismus“ als einzig existierende Gesellschaftsmodelle. „Ein dritter Weg existiert nur dem Namen nach“ (Wunder), und die demokratischen Sozialisten seien bislang Alternativen zur kapitalistischen Gesellschaftsordnung schuldig geblieben. Dies ist ein sehr grobes und statisches Analyse-

raster. Kapitalismus ist nicht gleich Kapitalismus. Der Kapitalismus in den USA ist mit dem Kapitalismus Schwedens genauso schwer in einen Topf zu werfen wie der Manchesterkapitalismus zu Beginn der Industrialisierung mit dem demokratischen Sozialstaat am Ausgang des 20. Jahrhunderts. Es ist nicht zuletzt das Verdienst der Arbeiterbewegung, der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie, daß die Arbeitskraft weitgehendst ihren Warencharakter verloren hat. Durch Sozial- und Arbeitsgesetzgebung, durch Tarifautonomie und Streikrecht sind die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer größtenteils der Willkür der Kapitaleigner entzogen. Daß hierbei manches noch im argen liegt und vieles noch verändert werden muß, brauche ich an dieser Stelle nicht weiter auszuführen. Was den modernen Sozialstaat aber immer noch zu einer kapitalistischen Gesellschaft macht, ist die nach wie vor bestehende Verfügungsgewalt der Kapitaleigner über die Produktionsmittel. Dir sind durch staatliche Gesetzgebung, durch Mitbestimmung und starke Gewerkschaften Grenzen gesetzt - nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Die demokratischen Sozialisten, „die sich in der Bundesrepublik in der SPD organisieren“ (Willy Brandt), haben sich spätestens mit dem Godesberger Programm vom historischen Determinismus und der Vorstellung vom Sozialismus als gesellschaftlichem Endzustand verabschiedet. Das Godesberger Programm verstand demokratischen Sozialismus als die Aufgabe, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität durch Demokratisierung der Gesellschaft, durch soziale und wirtschaftliche Reformen zu verwirklichen. Das Berliner Programm der SPD von 1989 bestätigt diesen dynamischen und prozeßhaften Charakter des demokratischen Sozialismus ausdrücklich: „Diese Grundwerte zu verwirklichen und die Demokratie zu vollenden, ist die dauernde Aufgabe des demokratischen Sozialismus“.

Insofern geht Wunders Kritik ins Leere, wonach die demokratischen Sozialisten nicht in der Lage waren, eine alternative Gesellschaftsordnung zu entwickeln. Dies genau will der demokratische Sozialismus nicht. Deshalb geht auch Wunders Empfehlung an der Sache vorbei, wonach sich Gewerkschaften wegorientieren sollen von der alternativen Gesellschaftsordnung „hin zu gesellschaftspolitischen Zielen innerhalb einer kapitalistischen Gesellschaft“. Theorie und Praxis der Gewerkschaften sind seit annähernd hundert Jahren eine andere. Wir träumen von einer anderen, von einer besseren Gesellschaft („Die andere Zukunft: Solidarität und Freiheit“ lautete das Motto des IG Metall-Zukunftskongresses), aber wir handeln tagtäglich in dieser Welt unter den Bedingungen dieser kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Wir warten nicht auf den großen Kladderadatsch, sondern wir treten auf reformpolitischem Wege für eine Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der arbeitenden Menschen und für eine schrittweise Veränderung dieser Gesellschaft ein. Anfang der siebziger Jahre gab es in der SPD einen heftigen Streit über systemstabilisierende und antikapitalistische Strukturreformen. Diese Auseinandersetzung war nicht nur mühsam, sondern auch müßig. Reformpolitik ist immer dialektisch und beinhaltet jeweils beide Elemente: die Stabili-

sierung und die Veränderung des Systems zugleich. Niemand hat dies trefflicher analysiert als Eduard Heimann in seinem bereits 1929 erschienenen Buch „Soziale Theorie des Kapitalismus“. Heimann spricht zwar von der Sozialpolitik, meint aber im damaligen Verständnis soziale Politik insgesamt. „Merkmal der Sozialpolitik ist ihre revolutionär-konservative Doppelseitigkeit. Sie verwirklicht Stück um Stück die soziale Idee innerhalb des Kapitalismus und sichert dadurch seinen geordneten Fortgang (. . .) Soweit Kapitalismus herrscht ist die soziale Idee verbannt, soweit Sozialpolitik vordringt, weicht der Kapitalismus zurück (. . .) Sozialpolitik ist Abbau der Herrschaft zugunsten der Beherrschten. Sozialpolitik ist also der Einbau des Gegenprinzips in den Bau der Kapitalherrschaft und Sachgüterordnung, es ist die Verwirklichung der sozialen Idee im Kapitalismus gegen den Kapitalismus“.

So prozeßhaft und so dialektisch läuft Reformpolitik ab. Sie ist vor Enttäuschungen und Rückschlägen nicht gefeiert. Ihr fehlt der Glamour eines alternativen Gesellschaftsmodells, eines sozialistischen Endzustandes. Sie entspricht aber der Praxis der schwedischen und weitgehendst auch der österreichischen und deutschen Arbeiterbewegung. Die „Bread-and-Butter-Gewerkschaften“, die sich mit dem bestehenden Kapitalismus arrangiert haben, sind gescheitert. Auch für die deutschen Gewerkschaften gäbe es ein böses Erwachen, würden sie der Empfehlung Wunders folgen, ihre gesellschaftspolitische Phantasie auf die Systemgrenzen einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu beschränken. Von einem besseren Morgen zu träumen, ist allein schon deshalb notwendig, um das Heute verändern zu können.

Gescheitert sind auch die Gewerkschaften, die auf eine wie immer geartete revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft gesetzt haben. Wo sind die CGIL Italiens und die CGT Frankreichs gelandet? Heute wären diese Gewerkschaften, die in den sechziger und siebziger Jahren den korporatistischen Kurs der skandinavischen und deutschen Gewerkschaften als Klassenverrat brandmarkten, froh, sie hätten unseren, zwar noch immer unzureichenden Grad an institutioneller Absicherung, an Mitbestimmung und tariflichen Handlungsmöglichkeiten. Wunders Kritik wäre zutreffend, würde er sie nicht an die bundesdeutschen Gewerkschaften richten, sondern an die CGT und ihre Schwestern im Weltgewerkschaftsbund.

Die Frage nach dem dritten Weg ist damit auch ein Stück weit beantwortet. Es ist der von Heimann beschriebene Einbau des sozialen Gegenprinzips in die Architektur des Kapitalismus. Wo die soziale Idee Platz greift, ist die kapitalistische Herrschaft außer Kraft gesetzt. Im Verlauf der hundertjährigen Geschichte des Kapitalismus ist dies in vielen Sektoren gelungen. Lohnfindung, Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen beispielsweise unterliegen im modernen Sozialstaat nicht mehr der kapitalistischen Konkurrenz, sondern der Verhandlungsmacht der Gewerkschaften. Allerdings haben wir eines erkennen müssen: Solange die Verfügungsmacht über die Produktionsmittel und damit über Investition und Desinvestition allein in der Hand der Kapitalgeber liegt, so lange besteht die Möglichkeit, das soziale Gegenprinzip in den

anderen Sektoren zu konterkarieren. Deshalb existiert nach wie vor eine Notwendigkeit, die soziale Idee auch in den Bereich der Investitionsentscheidungen hineinzutragen. Die Strategie der bundesdeutschen Gewerkschaften setzt nicht auf Verstaatlichung, die im Einzelfall als Instrument wirtschaftlicher Steuerung sinnvoll sein kann, sondern auf Vergesellschaftung und Mitbestimmung. Nicht der Eigentumstitel ist entscheidend, sondern die Verfügungsgewalt. Wunders Verzicht auf gesamtwirtschaftliche Planung ist deshalb genauso falsch wie die Kritik des Vorsitzenden der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Lorenz Schwegler, am Prinzip der Mitbestimmung.

Mitbestimmung im Betrieb, im Unternehmen und auf gesamtwirtschaftlicher Ebene unterscheidet sich sowohl von der zentralbürokratischen Planung der Länder des Ostens als auch vom Modell der sozialen Marktwirtschaft. Erstere schließt Marktwirtschaft und Wettbewerb, freie Preis- und Lohnbildung aus. In dem Punkt hat Dieter Wunder recht: Ein solches planwirtschaftliches System tendiert zur Einschränkung demokratischer Freiheiten. Diese Tendenz ist systemimmanent, denn wo beispielsweise keine freie Lohnbildung möglich ist, kann es auch keine Tarifautonomie und keine freien Gewerkschaften geben. Die Forderungen nach gesamtwirtschaftlicher Mitbestimmung hat aber nichts mit der Aufhebung des Marktprinzips und des Wettbewerbs zu tun. Sie trägt lediglich der Tatsache Rechnung, daß gesicherte Arbeitsplätze, die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen nur begrenzt mittels betriebs- und tarifpolitischer Instrumente zu erreichen sind. Gewerkschaften müssen bereits im Vorfeld, das heißt bei der Entscheidung über Investitionen beteiligt sein, wenn sie nicht auf die Rolle der Rot-Kreuz-Station hinter der Front des Kapitalismus beschränkt sein wollen. Das Konzept der Mitbestimmung und der Demokratisierung der Wirtschaft unterscheidet sich aber auch deutlich von der Idee der sozialen Marktwirtschaft. Sie geht von der Unantastbarkeit der Verfügungsgewalt der Produktionsmittelbesitzer aus und weist dem Staat lediglich eine rahmensetzende, ordnungspolitische Funktion zur Aufrechterhaltung des Wettbewerbs zu. Die Gewerkschaften sollen sich auf die Rolle der bargaining power (Verhandlungsmacht) beschränken und eine nachsorgende sozialpolitische Kompensationsfunktion übernehmen.

Mitbestimmung, Demokratisierung der Wirtschaft, Ausbau des Sozialstaats, gewerkschaftliche Gegenmacht mit Tarifautonomie und Streikrecht sowie die Verwirklichung der Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität in allen Lebensbereichen sind die Eckpunkte des dritten Weges, eines Weges zwischen dem Manchester-Kapitalismus zu Beginn der Industrialisierung, wie er heute noch in vielen Ländern herrscht, und einer staatsbürokratischen, zentralen Planwirtschaft, die nicht nur ökonomisch ineffizient ist, sondern auch zur Einschränkung der demokratischen Freiheitsrechte des einzelnen führt. Ein Revisionsbedarf gewerkschaftlicher Programmatik aufgrund des Zusammenbruchs der Länder Osteuropas besteht deshalb nicht. Zu

kritisieren ist allenfalls, daß die Gewerkschaften dieses Konzept des dritten Weges als strategische Orientierung zu wenig selbstbewußt vertreten haben - gerade auch gegenüber der „nicht einflußlosen Minderheit“ - und daß bei der Durchsetzung manchmal die notwendige Konsequenz zu wünschen übrig läßt.

#### Konsequenzen für die Gewerkschaften

Es gibt sehr wohl einen Revisionsbedarf gewerkschaftlicher Programmatik und Strategie. Er ist allerdings unabhängig von den Ereignissen im Osten. Die Diskussion hierüber begann bereits Anfang der achtziger Jahre und fand ihren bislang konsequentesten Ausdruck in der Zukunftsdebatte der IG Metall. Sie war keinesfalls darauf angelegt, die Abkehr von einer alternativen Gesellschaftsordnung zu propagieren und die Versöhnung mit der kapitalistischen Gesellschaft herbeizuführen.

Der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit ist nach wie vor gut geeignet, die Grundstrukturierung auch moderner sozialstaatlicher Gesellschaften zu analysieren. Allerdings würde es zu Fehlschlüssen führen, wollte man von diesem grobrastigen Interessengegensatz Strategien für gewerkschaftliches Handeln ableiten. Zwischen dem objektiven Interessengegensatz auf der abstrakten Ebene der Bewegungsgesetze des Kapitals, den Einzelinteressen von Beschäftigten und Beschäftigtengruppen innerhalb des Produktionsprozesses und dem subjektiven Bewußtsein der Individuen existieren deutliche Differenzierungen. Aus der Tatsache, daß über achtzig Prozent der Erwerbstätigen in der Bundesrepublik abhängig Beschäftigte sind, lassen sich noch keine Schlußfolgerungen auf Interessen und Bewußtseinslage ziehen. Solche simplen Analyseraster, die es nicht nur bei der „nicht einflußlosen Minderheit“ (Wunder) innerhalb der Gewerkschaften gibt, sind in der Tat revisionsbedürftig.

Man muß sich schon mehr einfallen lassen, wenn man die teilzeitbeschäftigte Fließbandarbeiterin und den hoch dotierten Entwicklungsingenieur in ein und derselben Gewerkschaft organisieren und beide für eine solidarische Interessenpolitik gewinnen will. Gewerkschaftsarbeit heißt in der Zukunft noch mehr als in der Vergangenheit die Einheit der Vielfalt zu organisieren. Dies macht einerseits einen differenzierten Interessenansatz notwendig und andererseits die Herausarbeitung der gemeinsamen Ziele und Grundwerte. Differenzierte Interessen bedeuten nicht gegensätzliche Interessen. Das Bedürfnis der Teilzeitbeschäftigten nach einer besseren arbeits- und sozialrechtlichen Absicherung und nach höherer Bezahlung steht nicht im Widerspruch zu dem Wunsch des Entwicklungsingenieurs nach beruflicher Qualifizierung. Diese differenzierten Interessen zu erkennen, erfordert von den Gewerkschaften mehr Kraft, mehr fachliche, politische und kommunikative Kompetenz. Andererseits darf aber eine Gewerkschaft, will sie als einheitliche Interessenorganisation handlungsfähig bleiben, nicht zur bloßen Addition verschiedener Interessengruppen degenerieren. Deshalb werden neben den Querinteressen, die allen Beschäftigtengruppen gemein sind, die gemein-

samen moralischen Grundlagen und gesellschaftlichen Zielvorstellungen zunehmend bedeutender. Deshalb sind Fragen der Programmatik, der Zukunftsvorstellungen, des Selbstverständnisses und der Strategie der Gewerkschaften keine Sandkastenspiele für Grundsatzabteilungen, sondern letztendlich auch ein Stück des Kitts, der die Gewerkschaften zusammenhält. Für die Zukunft der Gewerkschaften könnte es gefährlich sein, daß bislang erkennbar nur die IG Metall und mit Abstrichen die ÖTV eine solche Debatte führen.

Zur Revision gewerkschaftlicher Programmatik und Praxis gehören auch die Bereiche des Umweltschutzes und der Frauenpolitik. Wer diese Fragen ignoriert, handelt kurzsichtig und verliert an gesellschaftspolitischer Glaubwürdigkeit. Er handelt kurzsichtig, weil die ökologische Umgestaltung der Industriegesellschaft und die Gleichstellung der Frau in allen Lebensbereichen über kurz oder lang in dieser Gesellschaft mehrheitsfähig werden und sich die Gewerkschaften dann - etwa in der Umweltpolitik - mit Daten konfrontiert sehen, die andere gesetzt haben, womöglich unter Auslassung berechtigter Arbeitsplatzinteressen. Er verliert an gesellschaftspolitischer Glaubwürdigkeit, weil der gewerkschaftliche Anspruch als gesellschaftspolitische Kraft in zwei zentralen Diskursen nicht eingelöst wird mit der Folge, auch auf anderen Gebieten nicht mehr ernst genommen zu werden. Deshalb ist eine offensive Gestaltungspolitik in beiden Bereichen notwendig, auch wenn dies aktuell zu erheblichen Konflikten in den eigenen Reihen führen wird.

Diskussionsbedürftig ist schließlich die Frage nach dem Träger gesellschaftlicher Reformen. Die Dialektik des Reformprozesses, der Einbau des sozialen Gegenprinzips hat eine starke soziale Bewegung zur Voraussetzung. Erfolge und Rückschläge hängen unmittelbar mit der Stärke dieser sozialen Bewegung zusammen. Die Reformen zu Beginn der sozial-liberalen Regierungszeit waren möglich, weil es eine solche Bewegung gab. Genauso waren die Rückschläge während der neokonservativen Regierungsperiode Resultat der Schwäche der sozialen Bewegung. Wer von der einfachen Klassenanalyse ausgeht, kommt auch zu ebenso einfachen Schlußfolgerungen in bezug auf das Subjekt der gesellschaftlichen Veränderung: Es ist das Proletariat und seine Interessenorganisationen. Zumindest für die achtziger Jahre gilt diese einfache Schlußfolgerung nicht. Zwar sind die Gewerkschaften in der Bundesrepublik im Vergleich zu anderen Ländern relativ stark geblieben und haben mit der Wochenarbeitszeitverkürzung auch eigene Orientierungspunkte gesetzt, aber wesentliche gesellschaftspolitische Impulse gingen von der Umwelt-, der Friedens- und der Frauenbewegung aus. Für das Entstehen einer mehrheitsfähigen Reformbewegung werden zwei Komplexe entscheidend sein: die Fähigkeit der Gewerkschaften, diese neuen Fragestellungen in ihre Programmatik und Praxis aufzunehmen und die Fähigkeit der neuen sozialen Bewegungen, die bislang unzureichend behandelte soziale Frage stärker zu berücksichtigen. Wenn das gelingt, dann sind die inhaltlichen Voraussetzungen für eine neue reformpolitische Mehrheit geschaffen.

Dies sind Fragen, die in bezug auf das Selbstverständnis der Gewerkschaften gestellt werden müssen. Der Zusammenbruch des „realen Sozialismus“ berührt demokratische Sozialisten allenfalls begrifflich und bietet unseren Gegnern Gelegenheit für polemische Angriffe. Er trifft die Gewerkschaften aber nicht in ihrer Programmatik und ihrem Selbstverständnis. Betroffen müssen vielmehr diejenigen sein, die eine Affinität mit den grundsätzlichen Zielsetzungen des „realen Sozialismus“ aufweisen und für die die DDR ein potentiell Vorbild war.

Ich halte es lieber mit Willy Brandt, der in Abwandlung eines Marx-Zitates feststellte: „Im Revolutionsjahr 1989 drängt nicht länger nur der sozialdemokratische Gedanke zur Wirklichkeit, es drängt nunmehr auch die Wirklichkeit zum sozialdemokratischen Gedanken.“